Zeitungsspiegel Herausgegeben vom Evangelischen Preßverband für Rheinland

Essen, Dritter Hagen 23, Schließfach 689 - Fernruf Essen 24344 und 24345 - Postscheckkonto Essen 3417

Herausgegeben: Samstag, 17. Juni 1933 Nr. 62

Vertraulich!

I. Kirchliche Einheitsfront für das Rheinland.

Unter dem Druck der kirchlichen Kämpfe haben sich unierte, reformierte und lutherische Theologen und Gemeindeglieder Rheinlands zu einer Kirchlichen Einheitsfront zusammengeschlossen. Entscheidende Grundhaltung für ihr Vorgehen ist, die kirchliche Neugestaltung nur vom Gedanken der Kirche aus und auf kirchlich-legalem Wege durchführen zu lassen ohne Störung durch fremde Einflüsse politischer Gewalten. Folgende Programmpunkte wurden hierzu aufgestellt:

1. Wir fordern, daß der Umbau der kirchlichen Verfassungen dem Wesen der Kirche entsprechend nur nach dem Worte Gottes innerhalb der uns heute gegebenen Lage und auf kirchlichem Wege vorgenommen wird.
   Wir verwerfen, daß dieser Umbau mit Machtmitteln des Staates oder mit dem Einsatz einer politischen Partei oder Bewegung und ihrer Propagandamittel und -methoden erstrebt wird.

2. Wir treten für D. von Bodelschwingh als den erwählten Reichsbischof der Gesamtkirche ein, weil er von der Kirche berufen ist und weil seine Person unser Vertrauen hat. Wir müssen uns mit seinem Bischofstitel vorerst abfinden, lehnen aber das Bischofsamt (Träger des Lehramts mit richterlichen Befugnissen usw.) nach wie vor ab. Wir sehen in Bodelschwingh den Beauftragten des Kirchenbundes, den Aufbau einer Deutschen Evangelischen Kirche ins Werk zu setzen und später die evangelische Kirche nach außen hin zu vertreten und die Geschäfte des geistlichen Ministeriums zu leiten.

3. Wir treten ein für eine gereinigte presbyterial-synodale Ordnung und verwerfen jegliche kirchliche Diktatur als dem Worte Gottes widersprechend.

4. Wir verlangen von allen, die einen Neubau der Verfassung beabsichtigen, offene und rechtzeitige Bekanntgabe ihrer Verfassungspläne und lehnen den Kampf mit Schlagworten ab.

5. Wir verlangen eine legale Erledigung der Verfassungsvorlagen und behalten uns vor, Rechtsverwahrung einzulegen, gegebenenfalls auch gegen Beschlüsse von Synoden, wenn ihre Zusammensetzung und Willensbildung durch kirchenfremde, z.B. politische Einwirkungen verfälscht worden ist. Wir lehnen kirchliche Urwahlen zur Erledigung dieser Vorlagen ab.

6. Wir wollen, daß unsere rheinisch-westfälische Kirche als selbständiges Glied mit anderen Kirchenprovinzen und Kirchen die eine Deutsche Evangelische Kirche bildet. Wir erblicken im Loccumer Pakt eine geeignete Verhandlungsgrundlage, an der festzuhalten ist. Wir verwahren uns gegen jede hierarchische oder staatskirchliche Ausdeutung des Paktes.

7. Wir sind für eine sorgfältigere Wahrung des Bekenntnisstandes in der Union. Wir lehnen aber die konfessionelle Aufspaltung unserer rheinisch-westfälischen Kirche in getrennte Synoden ab.

8. Wir sind kein Sammelbecken für unklare Köpfe, für kirchenpolitische Weichensteller oder für Oppositionelle gegen die Regierung. Wir wollen mit allen dem Evangelium gehorsamen Gliedern unserer Kirche zusammenarbeiten. Wir sind gewiß, daß die Verkündigung des lauteren Evangeliums die Kirche auch heute bauen wird.

Im Ringen um die neue Gestalt unserer Kirche haben sich Freie Evangelische Presbyterianer, Jungreformatorische Bewegung im Rheinland, Kirchliche Arbeitsgemeinschaft des Rheinlands zu gemeinsamer Arbeit im Sinne dieser Forderungen zusammengeschlossen. Schon jetzt haben uns Angehörige anderer kirchlicher Kreise ihrer Mitarbeit versichert.

Wir fordern kirchliche Körperschaften und Vereinigungen, Pfarrer und unsere Gemeindeglieder zum Anschluß an diese Einheitsfront auf.

Es gilt keine Zeit mehr zu verlieren. Die Erklärungen zum Beitritt und zur Mitarbeit sind zu richten an Pfarrer Wilh. Kunze, M.-Gladbach, Kaiserstr. 158, oder Pfarrer Friedrich Graeber, Essen, Schließfach 241, oder Pfarrer Lic. Dr. Beckmann, Düsseldorf, Kopernikusstr. 9c.

II. Der Reichsbischof an der Arbeit.

"Tägliche Rundschau" Nr. 139 vom 17.6.1933

Die Seelsorge im Arbeitsdienst.

Ein Schreiben Bodelschwinghs an Seldte. - Neue Wege der Kirche.

Zur Frage der Seelsorge im Arbeitsdienst hat Reichsbischof D. von Bodelschwingh an Reichsarbeitsminister Seldte ein Schreiben gerichtet, das neben der grundsätzlichen Zielsetzung ein bis in die Einzelheiten durchdachtes, praktisch-organisatorisches Programm enthält. Man wird darin u.a. einen Niederschlag der reichen Erfahrungen erblicken dürfen, die Bodelschwingh beim Aufbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes in den Betheler Anstalten gesammelt hat.
In dem Schreiben heißt es:
"Seit Jahren habe ich mit stärkster Teilnahme alle die Maßnahmen verfolgt, die geeignet waren, die Jugend unseres Volkes sinnvoll einzugliedern in das Leben der arbeitenden Nation. Darum habe ich schon seit dem Jahre 1927 innerhalb der mir anvertrauten Anstalten insbesondere die Maßnahmen tätig gefördert und mit besonderer Aufmerksamkeit begleitet, die im weiteren Verlauf der Entwicklung zum deutschen Arbeitsdienst führten. Abgesehen von der volkspolitischen Bedeutung dieser Fragen, insbesondere den Beziehungen zwischen Arbeitsdienst und Siedlung, entstand für mich ein entscheidender Wert bei diesen Arbeiten in der Möglichkeit, völlig neue Wege der kirchlichen Verkündigung zu beschreiten und an dieser Stelle die Kluft zu schließen, die vielfach zwischen Kanzel und Volk entstanden war.

62/3

Zwischen allen verantwortlichen Amtsträgern in Staat und Kirche besteht Übereinstimmung darüber, daß der Neubau der Nation nur gelingt und von Dauer sein wird, wenn die Kräfte lebendigen Glaubens formend mitwirken bei der Gestaltung des neuen Reiches.
Darum ist mir die Frage der seelsorgerlichen Betreuung der deutschen Arbeitsdienstpflichtigen seit langem ein besonderes Anliegen. Diese Seelsorge sollte in anderer Art erfolgen, als es früher in der Armee der Fall war. Der Besuch des Gottesdienstes und die Teilnahme an religiösen Auseinandersetzungen sollen nicht durch Befehl geregelt werden, sondern Sache der freien Entscheidung sein. Ich bitte, bei der Regelung der Bestimmungen über die Seelsorge im Arbeitsdienst um Berücksichtigung der folgenden Richtlinien:

Jede Arbeitsdienstabteilung erhält mindestens einen Seelsorger. Als Abteilungsseelsorger kommen nicht nur Theologen, sondern auch dazu geeignete Laien, Diakone, Vereinssekretäre, Volksmissionare, Junglehrer u.a. in Frage. Über ihre seelsorgerliche Eignung entscheidet die Kirche. Die mit der Seelsorge betrauten Persönlichkeiten sollen ausnahmslos als Angehörige des staatlichen Arbeitsdienstes eingesetzt werden. Die von der Kirche vorgeschlagenen Persönlichkeiten müßten die staatliche Führerschule besuchen, um die für Arbeitsdienstführer notwendigen Voraussetzungen erfüllen zu können.
Auf solche Weise wird eine Seelsorge im Arbeitsdienst ermöglicht, die aus stärkster kameradschaftlicher Berührung von Mensch zu Mensch erwächst. Es ist darum grundsätzlich gleichgültig, welchen Rang der Abteilungsseelsorger bekleidet. Während die theologisch geschulten Abteilungsseelsorger den im Vorbereitungsdienst stehenden Theologen, d.h. Vikaren und Kandidaten, zu entnehmen sind, ist bei den Gruppenstäben ein Volltheologe einzusetzen, der nicht mehr unbedingt aus der Laufbahn des Arbeitsdienstführers hervorgegangen sein muß. Der Gruppenpfarrer leitet und überwacht die Arbeit der Abteilungsseelsorge auf Grund der ihm zuteil werdenden kirchlichen Anweisungen. Bei den Inspektionsstäben wird die Stelle eines Inspektionspfarrers geschaffen. Diese Stelle ist hauptamtlich. Nach seinen Weisungen tun die Gruppenpfarrer ihre Arbeit. In engstem Zusammenhang mit der Reichsleitung des Arbeitsdienstes wird eine Stelle geschaffen, die dem Feldpropst bei der Armee entspricht.
Besondere Etatmittel werden diesen Vorschlägen entsprechend nur erforderlich sein für die Stelle bei der Reichsleitung, die Inspektionspfarrer und in bestimmtem Umfange für die Gruppenpfarrer.

Ich erhoffe auf diese Weise eine Gestaltung der kirchlichen Versorgung des Arbeitsdienstes, die der kirchlichen Verkündigung neue und wirksame Wege eröffnet, um so Staat und Kirche in lebendigster Verbindung zu vereinigen zum Dienst an der Jugend unseres Volkes"

Diesen Brief D. von Bodelschwinghs, der eine der größten Aufgaben der Volksmission anfaßt, verdient durch seinen Inhalt stärkste Beachtung. Er weist die Kirche mitten hinein in die Welt und in die Arbeit der Nation, wo sie anspruchslos zu dienen hat.

+

Wir hoffen nur, daß der Plan nicht im Organisatorischen stecken bleibt.

62/4

III. Von den "Deutschen Christen".

"Essener Allgemeine Zeitung" Nr. 165 vom 17.6.1933.

a) Klärung bei den "Deutschen Christen".

Der "Kirchliche Aufklärungsdienst", Berlin, der sich soeben gebildet hat, um eine sachliche Information über die Kirchenfragen der Gegenwart durchzuführen, teilt folgendes mit:
Als ein erfreuliches Zeichen der Klärung ist festzustellen, daß wachsende Kreise der "Deutschen Christen" den Kampf gegen den Reichsbischof D. von Bodelschwingh ablehnen, da gerade die Persönlichkeit eines von Bodelschwingh besonders berufen sei, das Amt eines ersten Reichsbischofs der Deutschen Evangelischen Kirche tatkräftig zu übernehmen.
Nachdem vor einigen Tagen die Dortmunder Pfarrerschaft, wobei die nationalsozialistischen Pfarrer ausdrücklich zustimmten, ebenso wie die Ortsgruppe Gladbeck der "Deutschen Christen" sich für Reichsbischof D. von Bodelschwingh erklärt hatten, meldet heute die "Kreuz-Zeitung", daß die Frankfurter Pfarrer sich einschließlich der "Deutschen Christen" für Reichsbischof D. von Bodelschwingh mit einer maßgebenden Einschaltung des Wehrkreispfarrers Müller ausgesprochen haben. Jetzt stehen die Gaue Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau der "Deutschen Christen" einer Einigung entschlossen positiv gegenüber.
Ebenfalls haben in diesen Tagen die "Deutschen Christen" Oldenburgs eine Einstellung des Kampfes gegen Reichsbischof von Bodelschwingh gefordert. Die "Tägliche Rundschau" teilt mit, daß die "Deutschen Christen" Oldenburgs an den Reichsleiter der "Deutschen Christen", Pfarrer Hossenfelder, ein Schreiben gerichtet haben, in dem es heißt: "Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß sämtliche Oldenburger Pfarrer, die Mitglieder der "Deutschen Christen" sind, mit einer einzigen Ausnahme aus der Glaubensbewegung auszuscheiden drohen, wenn der gegenwärtige Kampfkurs gegen die Person D. von Bodelschwinghs nicht alsbald abgeblasen wird."

"Tägliche Rundschau" Nr. 139 vom 17.6.1933

b) Eine Erklärung von Wehrkreispfarrer Müller.

Wehrkreispfarrer Müller hat die folgende Erklärung der Öffentlichkeit übergeben: "Durch mißverständliche Äußerungen in der Presse ist der Anschein entstanden, als ob ich beim Neubau der Kirche der Bekenntnisfrage eine nur untergeordnete Bedeutung zumäße. Ich stehe nach wie vor uneingeschränkt auf dem Boden dessen, was in unseren Richtlinien über den Bekenntnisstand niedergelegt ist, d.h. wir treten ein für völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation, verlangen aber von diesem Grunde aus ein bekenntnismäßiges Wort der Kirche zu den brennenden Fragen der Gegenwart. Es ist selbstverständlich, daß das für uns keine leeren Worte sind, sondern daß wir für die Durchführung des Erstrebten mit aller Energie und Verantwortung eintreten."

Wie erinnerlich, hatte eine im "Völkischen Beobachter" wiedergegebene Rede des Wehrkreispfarrers Müller besonders in Kreisen der lutherischen Kirchenführer Bedenken erregt. Ob diese Mißverständnisse durch die obige Erklärung ausgeräumt sind, wird man abwarten müssen. Es verlautet, daß vor einigen Tagen Landesbischof D. Meiser den Wehrkreispfarrer Müller in Berlin aufgesucht hat, um eine Klarstellung dieser Bekenntnisfrage zu erzielen. Aus der Umgebung des Reichsbischofs D. von Bodelschwingh erfahren wir, daß dort die Erklärung Müllers mit besonderer Freude aufgenommen wird, weil sie einem Anliegen Bodelschwinghs entspricht, der sich ebenfalls in diesen Tagen darum bemüht hat, über den historisch überlieferten Bekenntnissen einem neuen Bekenntnisakt eine innere Einheit der Evangelischen Kirchen herzustellen. In dem Propaganda-Rundschreiben Nr. 4 der "Deutschen Christen" heißt es über das strittige Verhältnis der alten zu den neuen Richtlinien: "Es ist vielfach die Auffassung entstanden, als ob durch die später veröffentlichten Richtlinien die alten außer Kraft gesetzt worden seien. Hierzu sei festgestellt, daß die alten Richtlinien voll inhaltlich in Kraft bleiben und die neuen lediglich eine weitergehende Interpretation des alten Gedankengutes darstellen, das sich bewährt und gerade durch seine Eigenart uns eine große Anzahl von Freunden zugeführt hat." Aus dem Gesagten geht auch hervor, daß der Vorwurf, die Reichsleitung sei schwach geworden oder umgefallen, unberechtigt ist. Der Kurs der Reichsleitung ist ein absolut gradliniger.

"Tägliche Rundschau" Nr. 139 vom 17.6.1933

c) Wehrkreispfarrer Müller arbeitet wieder mit.

Am Donnerstag hatte Wehrkreispfarrer Müller ein Schreiben an das Dreimännerkollegium über den Fortgang der Verfassungsarbeiten gerichtet. Aus der Tatsache, daß gestern der Bevollmächtigte des Reichskanzlers wieder an den Sitzungen im Kirchenbundesamt teilgenommen hat, darf man vielleicht auf den Willen zum Frieden bei allen Beteiligten rechnen.

IV. Aus dem katholischen Lager.

"Tägliche Rundschau" Nr. 139 vom 17.6.1933

Verbot der "Baden-Wacht".

Wegen ihres provozierenden Auftretens.

Wie die Pressestelle beim badischen Staatministerium mitteilt, hat der Minister des Innern mit Anordnung vom 16.6. die "Baden-Wacht" für den Bereich des Landes Baden aufgelöst und verboten.

In der amtlichen Verlautbarung wird darauf hingewiesen, daß diese politische Kampforganisation des Zentrums in den letzten Wochen durch ihr provozierendes Auftreten nahezu in allen Teilen des Landes lebhafte Unruhe erregt habe. Die "Baden-Wacht" habe die SS.-Uniform nachgeahmt und durch Vertrieb von Hetzpostkarten übelster Art jegliche loyale Einstellung zum neuen Staat vermissen lassen. Sie habe sich nicht gescheut, ihrer gegen die nationale Bewegung ausgesprochen feindlichen Einstellung nach außen dadurch Ausdruck zu verleihen, daß in ihren Reihen mit

Vorliebe Melodien nationalsozialistischer Kampflieder und selbst das Horst-Wessel-Lied mit anderen Texten gesungen wurden. Auch sei den Mitgliedern der "Baden-Wacht" in einem Rundschreiben empfohlen worden, Rundfunkübertragungen der Regierung mit allen Mitteln zu stören. Nach Übernahme der Macht durch die nationale Bewegung liege auch der Schutz der Kirche allein den Trägern der Staatsgewalt ob.

"Germania" Nr. 164 vom 17.6.1933

b) Eine Erklärung des Zentrums.

Die Pressestelle des Zentrums teilt mit:

"In verschiedenen Presseauslassungen, die sich mit der Entwicklung in Österreich befassen, ist von einer Verbindung des Zentrums mit der Christlichsozialen Partei Österreichs und der Regierung Dollfuß die Rede. Diese angebliche Verbindung soll sogar darin bestehen, daß Vertreter des Zentrums auf die innerösterreichischen Verhältnisse im Sinne einer Vertiefung der Gegensätze zwischen der Regierung Dollfuß und der NSDAP. Einfluß zu nehmen versuchten. In Verbindung hiermit wird von der Notwendigkeit eines Vorgehens gegen das Zentrum gesprochen.
Wir stellen hierzu fest:

Diese Behauptungen und Gerüchte entbehren jeglicher Grundlage. Von seiten des Zentrums - sowohl der Führung, wie der untergeordneten Instanzen - besteht weder eine Verbindung noch eine Fühlungnahme mit der Christlichsozialen Partei und der Regierung Dollfuß.
Das Zentrum hat durch seinen Führer Dr. Brüning seine Bereitschaft zur positiven Mitarbeit am Aufbau des neuen Staates klar zum Ausdruck gebracht. Es hält an dieser Einstellung nach wie vor fest."

V. Allgemeine Mitteilungen.

"Tägliche Rundschau" Nr. 139 vom 17.6.1933

Rudolf Heß, der Stellvertreter des Führers, auf der Führertagung der NSDAP.

...Die ganze Organisation der Bewegung müsse sich auf die positive Arbeit für den neuen Staat einstellen. Die nationalsozialistische Revolution habe einen neuen Staat aufzubauen und dem wahren Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen. Während der Marxismus im Sozialismus nichts anderes sah, als ein rein ökonomisches Verteilungsproblem, gehe der Nationalsozialismus den umgekehrten Weg, er sehe im wahren Sozialismus nicht nur ein wirtschaftliches, sondern vor allem auch ein seelisches Problem. Die Zielrichtung Adolf Hitlers in wirtschaftlicher Hinsicht sei die Ermöglichung neuer Produktion und die organische Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens...